

## **Zusammenfassung\***

**Hanns Jürgen Küsters**

Die deutsch-amerikanische Sicherheitspolitik in den 1980er Jahren, das war das Thema dieser Tagung. Als Ergebnis gilt es, folgende zentrale Punkte und Entwicklungen festzuhalten.

Erstens, die Durchsetzung des NATO-Doppelbeschlusses. – Helmut Kohl wollte bei seinem Regierungsantritt als Bundeskanzler, die Bundesrepublik Deutschland im Gegensatz zum Verhalten der Regierung Helmut Schmidt und den Linken in der SPD wieder als ein verlässlicher Partner im nordatlantischen Bündnis erscheinen lassen und den innenpolitisch umstrittenen Beschluss durchsetzen. Seine Bereitschaft, im Falle des Scheiterns der amerikanisch-sowjetischen INF-Verhandlungen gegebenenfalls alleine im Zusammenspiel mit der Regierung Reagan Pershing-II-Raketen zu stationieren, wie Herr Rödder herausgestellt hat, bedeutete eine zentrale Weichenstellung für die Sicherheitspolitik in den 1980er Jahren und beeinflusste die gesamte Diskussion nachhaltig. Kohl stellte sich gegen den gewaltigen Druck der öffentlichen Meinung, vor allem gegen den massiven Widerstand der Friedensbewegung in der Bundesrepublik und die Oppositionsparteien SPD und Die Grünen. Er trieb die Stationierung voran und nahm gegebenenfalls damit verbundenen Konsequenzen für die Deutschlandpolitik in Kauf. Vielleicht haben wir zu wenig thematisiert, welche Implikationen der NATO-Doppelbeschluss auf die innerdeutschen Beziehungen hatte. Kohls Standfestigkeit in dieser Stationierungsfrage bescherte ihm in der Washingtoner Administration sowohl bei Präsident Ronald Reagan und Vizepräsident George Bush, sen. einen immensen Vertrauensgewinn, der sich später, am Ende des Jahrzehnts in der Phase der Wiedervereinigung, bezahlt machte. Man muss das ganz deutlich so sehen.

Zweitens, die Identität der bundesdeutschen und amerikanisch-atlantischen Sicherheitsinteressen. – Sie war in der Tat ein ganz zentraler Aspekt. Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland war im Ost-West-Konflikt ohne den amerikanischen Nuklearschirm nicht zu gewährleisten. Es bedurfte einer engen Abstimmung, die keine Sicherheitslücken in der atlantischen Nuklearstrategie zulassen würde und die letztendlich zu Lasten der Bundesrepublik Deutschland gehen könnte. Nur im Rahmen der NATO war, wenn man so will, eine deutsch-amerikanische Freundschaft möglich, die gleichzeitig bundesdeutsche Interessenwahrnehmung unter Einbindung der anderen westlichen

---

\* Zusammenfassung anlässlich der Veranstaltung „Die Ära Kohl im Gespräch“ am 3./4. Februar 2014 auf dem Petersberg in Königswinter.

Mächte erlaubte. Gefolgschaft war von Kohl nicht angestrebt und gewollt. Aber: Loyalität war für ihn das Maß der Dinge.

Drittens, die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland am SDI-Projekt. – Sie bedeutete, auf der einen Seite, wie Herr Teltschik hervorhob, einen enormen Technologieschub für die Bundesrepublik. Es hat aber auf der anderen Seite auch genügend Kritiker gegeben, die der Meinung waren, die Beteiligung erhöhe die Abhängigkeit der Bundesrepublik von den Vereinigten Staaten. In der Phase der Auseinandersetzungen über das INF-Abkommen wurde dadurch das sicherheitspolitische Dilemma der Bundesrepublik Deutschland verstärkt. Ohne Kohls Kompromissbereitschaft in allerletzter Sekunde – natürlich wegen der staatspolitischen Raison der Westbindung – wäre das INF-Abkommen kaum zustande gekommen. Umgekehrt hätte ein Scheitern des Abkommens die deutsch-amerikanischen Sicherheitsbeziehungen nachhaltig beeinträchtigt. Kohls Furcht vor einem Einlenken Reagans gegenüber Gorbatschow ist dabei nicht zu unterschätzen. Reagan hielt offenbar das Sicherheitsdilemma der Westdeutschen für kalkulierbar, sonst hätte er einen anderen Kurs verfolgt, nicht zuletzt auch, so hat Herr Fröhlich herausgearbeitet, in Bezug auf den Gipfel in Reykjavik. Kohls Interesse bzw. das der Bundesregierung war es, eine nuklearpolitische Singularisierung der Bundesrepublik zu verhindern.

Viertens, die Frage der Modernisierung der Lance-Raketen. – Kohl erkannte die Notwendigkeit, sah jedoch zugleich die Gefahr für die Position Gorbatschows und seine Politik der Perestroika. Der KPdSU-Führer war wohl in der Tat erstmals zu einer wirklichen Entspannungspolitik bereit. Kohl zog daraus Konsequenzen und beseitigte die atmosphärischen Störungen, die sich aus dem „Newsweek“-Interview ergeben hatten. Sein Besuch in Moskau im Oktober 1988 und der anschließende Besuch Gorbatschows in Bonn im Juni 1989 leiteten die Wende ein. Das herausragende Ergebnis war die Gemeinsame Erklärung, mit der die sowjetische Führung erstmals nach Ende des Zweiten Weltkriegs das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung anerkannte.

Fünftens, der veränderte Stellenwert der Bundesrepublik Deutschland für die Regierung Bush, sen. – Das Konzept „partner in leadership“ hatte zunächst aus Sicht Washingtons nur eine formale Bedeutung. Das hat Herr Scowcroft noch einmal deutlich betont. Aus Sicht der Bundesregierung implizierte es in gewisser Weise einen Paradigmenwechsel gegenüber der britisch-amerikanischen „special relationship“ und markierte den veränderten Stellenwert, den Bonn für Washington nun besaß. Das scheinbare Ende des Kalten Krieges, das sich mit dem Fall der Berliner Mauer 1989 abzeichnete, stellte die deutsch-amerikanischen Sicherheitsbeziehungen vor neue Herausforderungen. Für Kohl war die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands ohne deren Westbindung in den Europäischen Gemeinschaften und der NATO undenkbar. Dass zugleich die Westbindung die *Conditio sine qua non* für das Ja der Regierung Bush zur Wiedervereinigung war, ist im Laufe der Diskussion erneut klar ge-

worden. Da diese Option von Helmut Kohl nie in Frage gestellt wurde oder ein wirkliches Problem bedeutete, erleichterte er mit seiner Haltung ganz maßgeblich die Entscheidung der amerikanischen Regierung, den Weg der Wiedervereinigung zu unterstützen.

Richtig ist: Konrad Adenauer bereitete den Weg der Westintegration als Voraussetzung für die Wiedervereinigung der Deutschen in Freiheit. Er bescherte damit der bundesdeutschen Außenpolitik wieder Akzeptanz im Kreis der westeuropäischen Mächte. Helmut Schmidt brachte in den 1970er Jahren die Bundesrepublik, was ihre ökonomische, weltpolitisch-ökonomische Bedeutung anbelangt, einen wichtigen Schritt voran. Helmut Kohl schaffte es, beides zu vereinen und hat die Bundesrepublik als wiedervereinigtes Deutschland mit ihrer Westbindung in eine neue internationale Rolle gehievt.

Sechstens, die innenpolitischen Auseinandersetzungen über die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik und das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten. – Da hat es vielfältigen Streit gegeben: über die Stationierung Pershing-II-Raketen, über die Beteiligung an SDI und über die Absichten der Vereinigten Staaten, ob sie mit dem Projekt die Sowjetunion militärisch zu einer neuen Rüstungsinitiative zwingen wollen und ob das INF-Abkommen wirklich der Entspannungspolitik dient. Hinzu kam die Auseinandersetzung über die Frage, ob die Rüstungskontroll- bzw. Entspannungspolitik oder die Modernisierung der Kurzstreckenwaffen bzw. neue Rüstungsschritte zur Bewahrung der Sicherheit Priorität genießen sollte. Außerdem hat es den Streit über die Ausrichtung der deutschen Außenpolitik im Hinblick auf das wiedervereinigte Deutschland gegeben. Westbindung kontra europäisch-atlantischem Multilateralismus, verbunden mit der Bereitschaft zur möglichen Aufgabe der Westbindung, war eine Option, die, wie wir von Frau Spohr hörten, nur zwischenzeitlich eine Rolle spielte, aber innerhalb der Bundesregierung doch für erheblichen Konfliktstoff gesorgt hat. Und letztendlich gab es Streit über die Ausweitung der NATO nach Osten – ein Thema, das unverändert virulent ist.

Zweifelloos ist es in diesem Zusammenhang wichtig, nicht nur die innenpolitischen Kontroversen in der Bundesrepublik zu betrachten, sondern ebenso danach zu fragen, ob und wenn ja, welche Streitpunkte die amerikanische Sicherheitspolitik in Bezug auf die Bundesrepublik und das wiedervereinigte Deutschland beherrschten. Derzeit ist noch wenig darüber bekannt, zu welchen Konzessionen die Regierungen unter Präsident Reagan und Präsident Bush im Zweifelsfall gegenüber der Sowjetunion bereit gewesen wären. Das betrifft auch die Frage, ob im Nationalen Sicherheitsrat und zwischen dem Weißen Haus, dem State Department und dem Verteidigungsministerium über die sicherheitspolitische Strategie im Kontext der Wiederherstellung der deutschen Einheit unterschiedliche Auffassungen existierten. Ob das alles so harmonisch verlief, wie Brent Scowcroft es darstellte, werden weitere Forschungen noch zu verifizieren haben. Dazu bedarf es der Freigabe der entsprechenden Akten.

Meine Damen und Herren, das ist eine thesenhafte Zusammenfassung, die zu weiteren Arbeiten über diese Thematik anregend soll. Ich danke den Referenten für ihre exzellenten Vorträge und den Teilnehmern für ihre Beiträge ganz herzlich. Das hat uns die Grundlage für eine sehr intensive Diskussion gegeben, in denen sie ihre Erfahrungen mit eingebracht haben. Es ist das, was das Grundkonzept eines solchen Tagungsformates wie die „Ära Kohl im Gespräch“ ausmacht, nämlich eine intensive Expertendiskussion von Wissenschaftlern und Zeitzeugen. Dass es unterschiedliche Perspektiven und Auffassungen gibt, ist sehr befruchtend.

Ich möchte die Tagung nicht schließen, ohne den Dank auch an die Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung zu richten und insbesondere an Frau Klenovsky und an Frau Block, die uns diese Zusammenkunft mit ihrer Organisation ermöglicht haben.